

Mai 2009 (04/09)

Deutschland: SPD will „moderne Migrationspolitik“

In dem Anfang April veröffentlichten Papier „Eckpunkte für eine kohärente Migrationspolitik in Deutschland und in Europa“ hat sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine modernere Einwanderungspolitik ausgesprochen. Diese beinhaltet die Einführung eines Punktesystems zur Regelung der Zuwanderung und das Kommunalwahlrecht sowie einen besseren Zugang zum Gesundheitswesen für alle in Deutschland lebenden Ausländer. Politiker anderer Parteien und Migrationsexperten kommentierten die Forderungen der SPD kritisch.

Das Strategiepapier stammt von der fachübergreifenden Projektarbeitsgruppe „Zuwanderung und Arbeitnehmerfreizügigkeit“ unter der Leitung von Angelica Schwall-Düren, der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion. Sie hofft, die Forderungen im Falle einer SPD-Regierungsverantwortung durchsetzen zu können. Die SPD fordert in dem Eckpunktepapier eine „kohärente Migrationspolitik“. Die Grundzüge einer solchen Politik sehen wie folgt aus:

Punktesystem (vgl. MuB 7/08, 6/08, 9/04): Nach dem Vorbild klassischer Einwanderungsländer wie beispielsweise Kanada schlägt die SPD ein Punktesystem vor, „um den zukünftigen, langfristigen Bedarf an Fachkräften decken zu können und unter anderem dadurch die Folgen des demographischen Wandels mildern zu helfen“. Ziel sei die dauerhafte Zuwanderung von gut ausgebildeten, qualifizierten Arbeitskräften und ihren Familien. Kriterien für die Auswahl der Bewerber könnten sein: Alter, Ausbildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse und weitere Kriterien „guter Anpassungsfähigkeit“ wie z. B. Qualifikation des Ehepartners, frühere Tätigkeit in Deutschland oder hier lebende Verwandte.

Auf die „Vorrangprüfung“, nach der deutsche Bewerber oder EU-Bürger Vorrang beim Zugang zu einem Beschäftigungsverhältnis genießen, will die SPD beim Punktesystem verzichten. Ergänzt werden soll es aber durch ein „Engpassverfahren“ für Fachkräfte je nach Bedarf.

Asylpolitik (vgl. MuB 1/09, 9/08): Die SPD beabsichtigt die rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen und Personen, die zwar nicht die Voraussetzungen der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) erfüllen, aber Flüchtlinge auf Basis der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sind und daher aus menschenrechtlichen Gründen vor Abschiebung geschützt werden (sog. subsidiär schutzberechtigte Personen). Außerdem fordert sie die „Revision mehrerer scharf kritizierter Bestandteile der Asylverfahrensrichtlinie“, insbesondere der Regelung über so genannte sichere Herkunfts- und Drittstaaten. Von diesen Ländern wird angenommen, dass es dort keine Verfolgung gebe. Geduldeten Flüchtlingen müsse nach einer angemessenen Frist eine Bleibeperspektive eröffnet werden. Integrationsangebote sollten ihnen frühzeitig offen stehen.

Irreguläre Migration (vgl. MuB 1/09, 9/08): Aus Sicht der SPD sollen Migranten ohne legalen Aufenthaltsstatus „in gewissem Umfang“ Zugang zu sozialen Dienstleistungen und zum Gesundheitssystem bekommen. Die Meldepflicht über den illegalen Aufenthaltsstatus, die derzeit für öffentliche Einrichtungen gilt, sollte eingeschränkt werden. In dem Papier fordert die SPD weiter: „Die Schulpflicht sollte auch für die Kinder von Menschen ohne Aufenthaltsstatus gelten.“

Kommunales Wahlrecht (vgl. MuB 4/07, 2/99): Drittstaatsangehörige sollen aus Sicht der SPD künftig in allen EU-Ländern an Kommunalwahlen teilnehmen können.

Anerkennung von Abschlüssen: Die SPD will, dass nicht nur Hochschulabschlüsse, sondern auch Berufsabschlüsse von Zugewanderten anerkannt werden.

Arbeitnehmerfreizügigkeit (vgl. MuB 6/07): Bei künftigen Erweiterungen der EU will die SPD die Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit verkürzen und, wenn es die Arbeitsmarktlage erlaubt, von Beginn an gewähren, dass EU-Neubürger in Deutschland arbeiten können. Für Bulgaren und Rumänen, deren Länder seit 2007 EU-Mitglieder sind, soll die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland ab 2012 gelten, die bis 2014 maximal mögliche Beschränkung also nicht ausgeschöpft werden.

